

# Der Ukrainekrieg in der vietnamesischen Presse

## Eine Analyse der Berichterstattung

*Günter Giesenfeld*

**Wenn man genauer untersucht, was und wie in der vietnamesischen Presse über den Krieg in der Ukraine berichtet wird, fallen sofort viele Unterschiede zur hiesigen Berichterstattung auf, die sehr deutlich auf die Haltung der Regierung Vietnams in dieser Frage schließen lassen.**

Zu diesem Zweck habe ich die Berichterstattung in der Tageszeitung *Viet Nam News* (VNS) genau untersucht. Diese englischsprachige Zeitung mag als einziges Untersuchungsobjekt als zu schmal erscheinen, sie ist als typisches Beispiel jedoch ausreichend, um über die gesamte journalistische Berichterstattung Schlüsse zu ziehen. Denn sie druckt nicht nur häufig Texte und Artikel aus den großen vietnamesischen Tageszeitungen ab, sondern ist auch in Aufmachung, Stil und Themenauswahl typisch für die gesamte Presse in Vietnam.

Gegenstand dieser Analyse waren alle Ausgaben seit der Krise inklusive der Tage und Wochen vor Beginn der direkten militärischen Aggression im Februar diesen Jahres. Sämtliche Artikel, die die Ukraine und den Krieg dort betreffen, wurden untersucht, und der erste Eindruck ist überdeutlich: Sie sind geprägt durch die von der Regierung einge-

nommene Haltung der Neutralität und fallen trotzdem durch die Ausführlichkeit der Berichterstattung auf. Während der Monate Februar bis Ende Juni (Redaktionsschluss dieses Heftes) gab es kaum einen Tag, an dem nicht ein einschlägiger Bericht erschienen ist.

Ebenfalls sofort fällt auf, dass die Berichte alle ausschließlich Informationen enthalten und weitergeben, die einerseits aus internationalen Presseagenturen stammen, und zwar sowohl aus westlichen (AP, AFN, DPA usw.), als auch aus russischen (TASS), oder öffentliche und offizielle Verlautbarungen von Politikern, Regierungen oder politischen Instanzen sind. „Reportagen“ im engeren Sinn kommen kaum vor. Die VNS stützt sich offensichtlich nicht auf eigene oder fremde Reporter oder Berichtersteller vor Ort und übernimmt auch keine individuellen oder persönlichen Berichte aus der ausländischen Presse. Insofern unter-

scheidet sie sich drastisch von der bundesdeutschen, extrem parteilichen und im Falle Ukraine in Teilen militaristischen Berichterstattung.

Bei diesem Vorgehen ist es unausweichlich, dass hintereinander zitierte Aussagen etwa Putins und Selenskyj einander direkt widersprechen. Dies betrifft vor allem Berichte über die militärische Lage, also Siege oder Niederlagen in Schlachten an verschiedenen Fronten. Es wird in solchen Fällen nicht versucht, diese Widersprüche in die eine oder andere Richtung aufzulösen: Die Meinungen bleiben nebeneinander, d.h. gegeneinander stehen. Im folgenden ein Überblick:

### **Vor dem Einmarsch**

Die Berichterstattung beginnt – jedenfalls in dieser Zeitung – am 25. Januar 2022 mit der Meldung, dass die US-Regierung amerikanische Diplomaten auffordert, die Ukraine zu verlassen, und zwar wegen der „Brisanz“ (volatility) der Situation. Die europäischen Regierungen folgen diesem Beispiel trotz einer Aufforderung Bidens zunächst nicht (26.1.<sup>1</sup>). In Moskau wird diese Aktion als „Hysterie“ bezeichnet. Der ukrainische Botschafter in Japan, Sergei Korsunsky: „Ein richtiger Krieg ist sehr sehr wenig wahrscheinlich, eher ein regionaler Konflikt“. Der russische Botschafter in Australien, Alexey Pavlovsky: „Wir haben

überhaupt nicht die Absicht, in die Ukraine einzudringen“ (27.1.)<sup>2</sup>. Dann gab es Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine in Paris und Berlin, die sich auf die gemeinsame Erklärung der „Normandie-Gruppe“ von 2019 bezogen. (28.1.)

2.000 US-Soldaten sind in Polen angekommen als „Reaktion auf Befürchtungen, dass Russland die Ukraine angreift“. Russland und China verurteilen die verstärkte US-Einflussnahme in Europa und der Asien-Pazifikregion. Die NATO soll garantieren, dass sie keine neuen Mitglieder in Osteuropa aufnehmen wird, vor allem nicht die Ukraine. (7.2.)

In Europa wenden sich Politiker gegen eine drohende Konfrontation NATO – Russland. Macron in Moskau: Putin habe ihm zugesagt, alles zu tun, um einen Kompromiss zu finden, der allen passt. „Nicht wir bewegen uns in Richtung Grenze zur NATO.“ (9.2.)

Biden warnt von unmittelbar bevorstehender Invasion, alle US-Bürger sollen aus Ukraine ausreisen. „Die Spannungen zwischen USA und Russland sind am höchsten seit dem Kalten Krieg.“ Russische Truppenbewegungen in Weißrussland und an der Grenze zur Ukraine. Russland fordert erneut eine Garantie, dass die Ukraine nicht in die NATO aufgenommen wird. USA und NATO lehnen dies ab. In einem Telefongespräch mit Macron nennt Putin die wiederholten Warnungen der USA vor einem Einmarsch russischer Truppen in

<sup>1</sup> Datum, an dem die hier referierten Fakten berichtet und Zitate wiedergegeben werden, in der online-Ausgabe der VNS. Bei der – oft kursiv – Wiedergabe der Inhalte wird auf die Benutzung des Konjunktivs (indirekte Rede) verzichtet, außer die VNS zitiert selbst indirekt.

<sup>2</sup> Die VNS nennt bei jedem Zitat den Namen und die Funktion des Zitierten. In unserer Wiedergabe folgen wir diesem Beispiel nicht immer.

die Ukraine „provokative Spekulationen, die zu einem tatsächlichen Konflikt in dem ex-sowjetischen Land führen können“. Und Putin habe kritisiert, dass der Westen die Ukraine nicht nachhaltig genug dazu aufgefordert habe, die Vereinbarungen von Minsk<sup>3</sup> ernst zu nehmen. (14.2.)

Der russische Außenminister Lawrow: „Der Westen geht von Einfluss-sphären aus, die er selbst derzeit erst schaffen will.“ (16.2.) Auch gegenüber Bundeskanzler Scholz äußert sich Putin in demselben Sinn. Seine Frage, ob der Westen eine Garantie abgebe, dass die Ukraine nicht in die NATO aufgenommen werde, müsse „jetzt, gerade jetzt“ beantwortet werden. Die Aussage der ukrainischen Regierung, man werde sich in der nächsten Zeit nicht um Aufnahme in die NATO bemühen, reicht ihm nicht aus. „Sie sagen nein, nicht morgen. Aber wann dann doch? Übermorgen?“ Putin verweist erneut auf das Minsker Abkom-

<sup>3</sup> Es gab zwei Minsker Abkommen. *Minsk 1*: Beratungen 2014 einer aus der Ukraine, der OSZE und Russland bestehenden trilateralen Kontaktgruppe zu gemeinsamen Schritten zur Umsetzung eines Friedensplanes. Das Protokoll wurde am 17. Februar 2015 ein völkerrechtlich geltender Vertrag durch Verabschiedung der Resolution 2202 des UN-Sicherheitsrates. Es wurde ein Waffenstillstand vereinbart, der aber nicht lange hielt. Dann kam *Minsk 2* auf Initiative von Deutschland und Frankreich: Nach der zweiten Schlacht um den Flughafen von Donezk wurde ein Maßnahmenkatalog zur Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk 1 vereinbart mit dem Ziel, ein Ende des seit 2014 in der Ost-Ukraine herrschenden Kriegs und eine politische Beilegung des Konflikts herbeizuführen. Diese Vereinbarungen wurde von ukrainischer Seite von Leonid Kutschma geführt, der als Präsident der Ukraine 2019 von Wolodymyr Selenskyj abgelöst wurde. Dieser fühlte sich, wie der Westen, anscheinend nicht mehr an das Abkommen gebunden.

men und bittet seinen Gesprächspartner, dafür zu sorgen, dass die Westmächte in diesem Sinne auf Kiew einwirken mögen. (17.2.)

Russland verkündet, Truppen zurückzuziehen. 10 taktische SU 24-Bomber seien von der Krim in andere Regionen verlegt worden. Das sei kein „bedeutender“ (meaningful) Rückzug, meint die US-Regierung. Ein massiver Angriff auf die Ukraine stehe bevor. In Moskau wartet man immer noch auf eine Antwort aus Washington auf Russlands Bedingungen (kein NATO-Beitritt der Ukraine, Abzug der NATO-Truppen aus Osteuropa). Lawrow: Da die USA nicht willens seien, über Garantien zu sprechen, „wird Russland gezwungen sein zu antworten, einschließlich militärtechnischer Maßnahmen“. (19.2.)

Es werden von beiden Seiten Vorfälle an der Grenze zum Donbass gemeldet. (22.2.) Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates, nachdem Putin die Anerkennung der Unabhängigkeit und Souveränität der „Volksrepublik Donezk“ und der „Volksrepublik Lugansk“ verkündet hat. Es werden Freundschaftsverträge mit den beiden unterzeichnet. Putin schickt Truppen in die beiden neu gegründeten Staaten. (23.2.)

*Diese kurze Zusammenfassung der vietnamesischen Berichterstattung über die Entstehung des Konflikts lässt die vorherrschende Absicht deutlich werden, sich strikt neutral zu halten und alle wichtigen Stimmen zu Wort kommen zu lassen. Es wird gleichzeitig die Haltung der Westmächte deutlich, den Einfluss der NATO nach Osten zu erweitern, und*

*die russische Furcht vor dieser „Annäherung“ – eine Furcht, die schon seit langem immer wieder geäußert worden war. Es wird aber auf der anderen Seite auch nicht verschwiegen, dass die russische Seite sich nicht scheute, es „darauf ankommen zu lassen“, dass eine militärische Auseinandersetzung die Folge sein könnte.*

## Der Krieg hat begonnen

*Während des Krieges berichtet die vietnamesische Presse ausführlich und kontinuierlich über den Verlauf der Ereignisse. Aber es gibt fast nie mehr als einen Artikel zum Thema in einer Nummer. Er steht oft unter einer Überschrift, die auf ein besonderes aktuelles Ereignis verweist, aber jeder Artikel enthält auch alle anderen wichtigen Meldungen zum Thema. Dabei kommt es von Tag zu Tag zu Wiederholungen, die wohl dazu dienen sollen, dass auch nur gelegentliche Leserinnen und Leser auf dem Laufenden gehalten werden.*

Russische Truppen sind in die beiden unter russischem Einfluss stehenden Gebiete Lugansk und Donezk eingedrungen. Westliche Länder und Japan verhängen Sanktionen und bereiten weitere vor für den Fall einer „Invasion“ russischer Truppen in die Ukraine. USA und Frankreich sagen geplante Treffen mit dem russischen Außenminister Lawrow ab. (24.2.)

Putin kündigt seine „spezielle militärische Operation“ an. Sie erfolge auf Bitten von Donezk und Lugansk. Ziel sei die „Entmilitarisierung und „Entnazifi-

zierung“ der Ukraine. Eine Okkupation der Ukraine sei nicht vorgesehen. Russland handele in Selbstverteidigung und „um noch größeres Übel zu verhindern“. Demgegenüber stellt der ukrainische Außenminister fest: „Putin hat eine komplette Invasion in die Ukraine begonnen“. Und US-Präsident Biden verkündet: „Russland hat einen lang vorbereiteten Krieg begonnen“. VNS zitiert sehr viele kritische Statements aus der westlichen Presse und erwähnt dabei die im Westen jetzt übliche Sprachregelung „Unprovoked und ungerechtfertigter Angriff“, die auch der UN-Sicherheitsrat übernimmt. Dort beruft sich der Delegierte Russlands auf Artikel 51 der UN-Charta, die individuelle und kollektive Selbstverteidigungsmaßnahmen durch einen Staat gegen bewaffnete Angriffe erlaubt. Und die VNS zitiert eine Sprecherin des vietnamesischen Außenministeriums: Man verfolge die Entwicklung sehr genau und fordere die beteiligten Parteien auf, Zurückhaltung zu üben, im Dialog zu bleiben und diplomatische Maßnahmen zu nutzen, um die Konflikte in Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und internationalen Gesetzen zu schlichten.<sup>4</sup> (25.2.)

Der vietnamesische Botschafter in Kiew, Nguyễn Hồng Thạch, habe einen unterirdischen Bunker dafür vorbereitet, vietnamesische Bürger in Kiew zu schützen. Denn der Vormarsch auf Kiew hat begonnen. Die Sprachregelung Putins („spezielle militärische Operation“) wird auch in der VNS in distanzierende An-

<sup>4</sup> Dies ist eine der wenigen Stellen, in denen eine offizielle vietnamesische Äußerung zitiert wird, die gegen eine ukrainische Darstellung auf vorsichtige Distanz geht.

führungsstriche gesetzt, ebenso wie die westliche („Invasion“). (26.2.)

Ende Februar und Anfang März finden Gespräche zwischen der der Ukraine und Russland statt. Der ukrainische Präsident Selenskyj, der nicht zugegen ist, habe sich bereit erklärt, für sein Land einen neutralen Status zu akzeptieren.

Die VNS zitiert Siegesmeldungen aus Moskau<sup>5</sup>. Putin erneuert seine Interpretation, dass er auf Bitte der Donbass-Republiken handle, „um Menschen zu schützen, die acht Jahre lang unter dem Missbrauch und Genozid durch das Kiewer Regime gelitten haben“. (28.2.) VNS liefert die Information nach, dass in den acht Jahren vor dem Krieg bei Auseinandersetzungen zwischen Ukrainern und den Separatisten im Osten mehr als 1400 Menschen umgekommen sind. (1.3.)

Zwei weitere Runden der Gespräche zwischen der Ukraine und Russland scheitern. Nicht einmal über „humanitäre Korridore für Flüchtlinge konnte man sich einigen“. Moskau habe jetzt seine Forderungen erweitert, hinzugekommen sei die Anerkennung der Volksrepubliken im Osten und der Zugehörigkeit der Krim zu Russland. Die NATO lehnt die Forderung der ukrainischen Regierung ab, über dem Land eine Flugverbotszone einzurichten. (9.3.)

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen berät über eine französisch-mexikanische Resolution über humanitäre Hilfe. Um ein russisches Veto zu verhindern, wird sie der Vollversammlung Anfang März vorgelegt und angenommen. (14.3.)

<sup>5</sup> Mit dem Zusatz, sie seien nicht nachprüfbar.

Am 15.3. gab es ein Telefongespräch zwischen dem russischen Außenminister Lawrow und dem vietnamesischen Außenminister Bui Thanh Son. Dieser stellte fest, „dass internationale Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten mit friedlichen Mitteln gelöst werden müssen, und zwar im Einklang mit grundlegenden Prinzipien der Vereinten Nationen und internationaler Gesetze – vor allem dann, wenn sie das Prinzip der Respektierung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität von Ländern betreffen“. Vietnam sei bereit, mit der internationalen Gemeinschaft diesen Prozess zu unterstützen.

Inzwischen lehnt die ukrainische Regierung den Vorschlag der Neutralität ab, sie spricht jetzt auch mehrfach von russischen „Kriegsverbrechen“<sup>6</sup>. Kurz zuvor hatten die USA umfangreiche Hilfe zugesagt. Beide Meldungen werden ohne Kommentar hintereinander gesetzt, einen Zusammenhang mag man herstellen oder nicht. Der ukrainische Präsident Selenskyj, zugeschaltet zu einer Sitzung der US-Kongresses, fordert die NATO auf, „gegen Russland zu intervenieren“. Russland erlässt Einreiseverbote gegen Politiker wie Trudeau (Kanada) und Biden. (17.3.)

Der vietnamesische Botschafter bei der UNO, Đặng Hoàng Giang erklärt auf der Sonder-Vollversammlung, Vietnam sei bereit, sich an UN-Hilfen für die Ukraine zu beteiligen. Vietnam teile die Sorge der internationalen Gemeinschaft über die humanitäre Situation dort. (25.3.)

Der türkische Außenminister Mev-

<sup>6</sup> in Anführungsstrichen in der VNS

lut Cavusoglu schlägt ein Treffen auf höchster Ebene vor (zwischen Lawrow und dem ukrainischen Außenminister). Ziel sei, einen Waffenstillstand zu vereinbaren. Vorgespräche dazu finden am 29.3 in Istanbul statt, ohne Ergebnis. (1.4.) Die russischen Unterhändler beurteilen die bisherigen Gespräche: Die Ukraine sei zwar „realistischer“ geworden, sei bereit, eine „neutrale Position nach dem Krieg einzunehmen, keine Atomwaffen zu haben oder zu lagern, und auch die Krimfrage könne man „vertagen“. Trotzdem sei es zu früh für ein Treffen Putin- Selenskyj. (4.4.)

### **„Genozid“ in Bucha?**

Am 30.3. ziehen sich die russischen Truppen aus der Gegend von Kiew zurück. Entgegen der Behauptung der ukrainischen Regierung, man habe die Truppen „vertrieben“, hat es offenbar dabei keine Kämpfe gegeben. Russland hat vielmehr seine Strategie verändert.

Die Ukraine meldet, 50 tote Zivilisten in Bucha, einem Vorort von Kiew, seien Opfer willkürlicher Tötungen der russischen Truppen. Die westliche Nachrichtenagentur *Reuters* meldet, die Zahl lasse sich nicht überprüfen. Moskaus Botschafter in Washington sagt, in Bucha seien „in der Zeit der russischen Besatzung keine zivilen Opfer gefunden worden“. Die entsprechenden US-Meldungen betrafen vielmehr Opfer ukrainischer Raketen, die nach dem Abzug der russischen Truppen auf die Stadt gefeuert worden seien. Die russischen Truppen hätten den Ort am 30.3. verlassen

und am selben Tag seien dort ukrainische Soldaten eingerückt. „Die ukrainische Regierung hat also vier Tage lang geschwiegen und keinerlei Opfer gemeldet. Und nun haben sie plötzlich sensationelle Filmaufnahmen veröffentlicht, um dem Ruf Russlands zu schaden.“

US-Außenminister spricht sofort von einem „Tiefschlag“ (punch in the gut“), während UN-Generalsekretär Guterres eine unabhängige Untersuchung fordert. Bundeskanzler Scholz: „Putin und seine Unterstützer werden die Konsequenzen zu spüren bekommen.“ Im Sicherheitsrat verlangt Russland eine Behandlung der „Provokation ukrainischer Radikaler“ bezüglich Bucha. (5.4.)

Selenskyj fordert jetzt auch eine Untersuchung vor Ort. „Wir wollen, dass Tausende Journalisten diesen Ort besuchen, je mehr, desto besser“. Russlands Verteidigungsminister weist darauf hin, dass der Bürgermeister von Bucha in einem Video am 31.3. verkündet habe, dass in Bucha keine russischen Soldaten mehr seien. Irgendwelche Opfer habe er nicht erwähnt. Lawrow spricht von einer „fake news attack“. (6.4.)

Als Reaktion auf die „getöteten Zivilisten“ in Bucha verkünden EU und USA neue schärfere Sanktionen und bringen einen Antrag in die UN-Vollversammlung ein, Russland aus der Menschenrechtsrat<sup>7</sup> auszuschließen. Dieser wird mit 93 Für-, 24 Gegenstimmen und 58 Enthaltungen angenommen. Der ukrainische Präsident Selenskyj hatte zuvor dem UN-Sicherheitsrat Bilder aus Bucha vorgelegt und verlangt, Russland das

---

<sup>7</sup> Mit Sitz in Genf

Vetorecht in diesem Gremium zu entziehen. Die USA signalisierten sofort Zustimmung zu dieser Forderung.

Die VNS kommentiert – entgegen ihrer sonstige Abstinenz – „Die Tötungen in Bucha ... haben die Unterstützung für die Ukraine schlagartig verstärkt (galvanized).“ Denn die USA melden jetzt: „Wir hatten schon zuvor geschlossen (concluded), dass Russland in der Ukraine Kriegsverbrechen begeht, und die Informationen aus Bucha sind ein erneuter Beweis.“ Und Spanien, Italien, Dänemark, Frankreich, Deutschland und Slowenien erklären Dutzende von russischen Diplomaten als unerwünschte Personen, die das Land verlassen müssen. (180 Personen in 48 Stunden). In den russischen Verlautbarungen taucht ab jetzt häufig der Begriff „feindliche Nationen“ für USA und EU auf.

Die Gespräche Russland-Ukraine: Dort hatte die Ukraine zuletzt vorgeschlagen, einen Status der Neutralität zu akzeptieren und keine Atomwaffen besitzen oder lagern zu wollen. Auch wolle man sich nicht mehr um den Beitritt zur NATO bewerben und keine NATO Militärbasen erlauben. Die Aufnahme der Ukraine in die EU müsse allerdings von Russland akzeptiert werden, ebenso, dass „andere Staaten“ ihre Sicherheit garantieren. Davon ist anscheinend jetzt nicht mehr die Rede, die Gespräche werden von der Ukraine auf Eis gelegt. (7.4.)

Selenskyj verkündet jetzt, in „Kiew und Umgebung“ seien „Hunderte von toten Zivilisten“ gefunden worden (nicht 50, wie ursprünglich angegeben). US-Präsident Biden spricht von „kaltblütig exekutierte Zivilisten, Leichen in Mas-

sengräbern, die man zurückgelassen hat, damit die ganze Welt sie sehen würde, das ist unentschuldig, das sind Kriegsverbrechen“. Die G7-Minister warnen nun auch vor einem Gebrauch chemischer und biologischer Waffen durch Russland, was dieses nie angedroht hat. Die WHO verkündet, es seien 90 Angriffe speziell auf Ziele der Gesundheitsversorgung „nachgewiesen“. NATO-Chef Stoltenberg unterstellt Russland, „die ganze Ukraine erobern zu wollen“.

Eine Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Zakharova, sagt laut TASS, die westlichen Länder zögen es vor, ihre Augen vor ukrainischen Neonazis zu verschließen, die russische Kriegsgefangene foltern. „Sie sehen das nicht, aber nicht aus Mangel an Information, sondern weil sie es nicht sehen wollen.“ Diese Kriegsverbrechen hätten bei der EU keinen Protest hervorgerufen. „Wen verteidigen Sie da, Herr Draghi<sup>8</sup>, Herr Macron?“ Es gebe Videos in den sozialen Netzwerken, „die beweisen, dass radikale Ukrainer russische gefangene Soldaten foltern“.

Auf der Sondersitzung der 11. Vollversammlung der Vereinten Nationen über den Ukraine-Konflikt, von der bereits die Rede war, hat Vietnams Delegierter Đặng Hoàng Giang sich ausführlich zu Wort gemeldet. Er appellierte an alle Beteiligten im Sinne der Position der vietnamesischen Regierung, „die Spannungen abzubauen, einen Waffenstillstand zu organisieren und die Dialoge wieder aufzunehmen, um langfristige Lösungen für den Konflikt zu finden, unter Beachtung der legitimen Rechte

<sup>8</sup> Italienischer Ministerpräsident

und Interessen der Betroffenen“. Aber er ging auch auf die aktuellen Vorwürfe ein, ohne die Vorkommnisse in Bucha direkt zu benennen, indem er forderte, „kürzliche Informationen in einer transparenten und offenen Weise zu verifizieren, unter Beteiligung aller betroffenen Seiten.“ Alle Diskussionen und Entscheidungen in internationalen Gremien und Organisationen müssten auf unparteiischen, überprüften und transparenten Informationen beruhen. (9.4.)

Beim Einsteigen in sein Flugzeug sagt US-Präsident Biden am 12.4.2022 zu Reportern: „Ja, ich nenne das Genozid, denn es wird immer klarer, dass Putin dabei ist, die Idee auszulöschen, dass man ein Ukrainer sein darf, und diese Vermutung bestätigt sich immer mehr.“ Schon vorher hatte Biden mehrfach Putin als einen „Kriegsverbrecher“ bezeichnet. (14.4.)

*Aus einem zeitlichen Abstand betrachtet, wird immer deutlicher, dass die Ereignisse in Bucha eine zentrale Rolle in der Geschichte des Ukraine-Kriegs gespielt haben. Deswegen sollen an dieser Stelle Informationen zu diesem Kriegsdetail den Lesern des VNK zur Kenntnis gebracht werden, die weder der VNS noch anderen Interessierten zur Verfügung standen. Sie könnten aber eine Beurteilung (und Bewertung) dieses Details stark beeinflussen. Die sich erhebenden Fragen allerdings sind damit immer noch nicht eindeutig zu beantworten.*

*Es handelt sich um Recherche-Ergebnisse des Schweizer Journalisten Jacques Baud<sup>9</sup>, die veröffentlicht wurden*

<sup>9</sup> Ex-Oberst, Mitglied des strategischen Nachrich-

tom Centre Français de recherche sur le renseignement (Cf2R)<sup>10</sup>, als Interview, aufgezeichnet am 10. März 2022.

*Zunächst beschreibt Baud die Lage in Bucha wie folgt: „Grundsätzlich weiß man nicht genau, was passiert ist. Dennoch sind gewisse Dinge bekannt, die ein erstes Bild ergeben. Laut westlichen Medienberichten war die russische Armee seit ungefähr drei Wochen im Gebiet von Bucha, hat aber die Stadt nicht vollständig besetzt.“ Also war die Kommunikation nach draußen nicht unterbrochen. Hier stellt sich für ihn die erste Frage: Die russische Armee lebte drei Wochen ruhig in dieser Stadt und am letzten Tag soll sie entschieden haben, massenhaft Menschen zu erschießen. Warum sollte sie das tun? Das leuchtet nicht ein.*

*Es scheint also von überragender Wichtigkeit zu sein, zu ergründen, was in den ersten vier Tagen nach der Rückkehr der ukrainischen Armee geschehen ist. Auf diese gleich von Moskau gestellte Frage hat es anscheinend nie eine Antwort gegeben. Jedenfalls hat der Bürgermeister von Bucha schon am 31.3. ein Video veröffentlicht, in dem er lachend sagt, dass die Lage entspannt sei, die Russen seien weg und alles sei wieder in Ordnung. Er erwähnt keine Toten, kein Massaker. Zwischen dem 1.*

tendienstes der Schweiz und Spezialist für osteuropäische Länder, Mitarbeiter bei UNO, UNHCR und weiteren UN-Aktionen. Er hat inzwischen ein Buch veröffentlicht: Poutine. Maître du jeu? Paris, Max Milo, 2022

<sup>10</sup> Bulletin de documentation Nr. 27: La situation militaire en Ukraine <https://cf2r.org/documentation/la-situation-militaire-en-ukraine/> Eine deutsche Fassung und wurde von der Marx-Engels-Stiftung erstellt und lag mir vor.



und 2. April sind laut Reuters ukrainische Verbände in der Stadt eingetroffen. Sie haben ein Video veröffentlicht, in dem keine Toten zu sehen sind. Am 2.4. macht ein ukrainischer Blogger ein Video in der Stadt, aber auch er erwähnt nichts über ein Massaker. Erst am 3.4. erschienen plötzlich Satellitenbilder mit vielen Leichen auf den Straßen.

Außerdem sei laut Baud auf den Bildern zu sehen, dass viele der Toten ein weißes Band an den Armen trugen. Diese sollten getragen werden, um russischen Soldaten zu zeigen, dass man neutral ist und nichts gegen die russische Armee hat. Viele, die erschossen wurden, trügen diese weiße Armbinde. Was wirklich passiert ist, wisse man nicht, aber offenbar wurden mindestens diese Menschen offenbar nicht von russischen Soldaten getötet. Die Bilder von ihnen – auf denen die weißen Binden zu sehen sind – seien von den Ukrainern gemacht und ins Netz gestellt worden. Als die Ukrainer angekommen seien, hätten die pro-ukrainischen Leute eine blaue Binde tragen müssen, um zu zeigen, dass sie nicht pro-russisch waren. In einem Video von einem Mitglied der ASOW-Brigade<sup>11</sup> höre man deutlich, dass deren Kämpfer den Befehl hatten, sämtliche Personen ohne blaue Armbinde zu erschießen. Laut ukrainischer Regierung seien alle diese Leichen nicht identifizierbar gewesen, weil sie keine Papiere mit sich trugen. Alle diese Details hätten nicht verifiziert werden können, denn als die ersten westlichen Journalisten nach

11 Soldaten mit offen faschistischen Ansichten, die in die ukrainische Armee integriert worden waren, aber vor allem im Osten oft selbstständig agierten.

Bucha kamen, hatten die Ukrainer schon alle Spuren beseitigt.

Baud betont im Interview: „Ich muss betonen, ich weiß nicht, was dort genau geschehen ist, aber diese Indizien genügen mir, um in der Beurteilung der beiden Seiten vorsichtig zu sein. Bevor man nach neuen Sanktionen schreit oder nach dem Internationalen Strafgerichtshof, hätte man zuerst eine saubere Untersuchung einleiten müssen.“ Russland hat im Sicherheitsrat vergeblich den Antrag gestellt, eine Untersuchungskommission einzusetzen, und hat dazu zweimal eine spezielle Sitzung einberufen wollen, aber die Briten, die im Moment den Vorsitz im Sicherheitsrat hatten, lehnten das zweimal ab.

Das alles spreche für eine der „russischen Versionen“, sei aber trotzdem kein Beweis für deren Richtigkeit. Trotzdem hätten diese der westlichen Öffentlichkeit wenigstens zur Kenntnis gebracht werden müssen. „Der Westen hat keine kritische Haltung gegenüber der Ukraine. Wenn er eine kritische Haltung hätte, dann müsste die Ukraine aufpassen.“ Aber dazu habe sie ja keinen Grund. „Immer noch glaubt man im Westen alles, was die Ukrainer sagen. Und diese wissen genau, dass sie sich alles erlauben können, denn Russland wird immer der Angeklagte sein.“

Die Frage, was in den drei Tagen nach Abzug der russischen Soldaten aus Bucha dort geschah, kann also auf verschiedene Weise beantwortet werden:

- Die Toten waren in Wahrheit Opfer der ukrainischen Raketen, oder
- Die Leichen wurden von anderswo her

*herbeigeschafft, oder  
- Angehörige des Asow-Regiments haben  
Rache an allen geübt, die eine weiße  
Armbinde trugen.*

*Keine der Antworten lässt sich beweisen.  
Der Vorwurf an die Ukraine-Regierung,  
sie habe es bewusst verhindert, dass die  
Vorgänge – die so entscheidende Aus-  
wirkungen auf die weitere Entwicklung  
hatten – von neutraler Seite untersucht  
wurden, ist aber offensichtlich begrün-  
det.*

## Der Krieg im Osten

„Die zweite Phase des Kriegs beginnt“ mit den erbitterten Kämpfen um Mariupol. (20.4.) Die Ukraine fordert Verhandlungen über Evakuierungen von Zivilisten und Soldaten, die eingeschlossen sind. Moskau wiederholt: Wenn die Bedrohung durch einen NATO-Beitritt der Ukraine nicht mehr bestehe, dann werde man die „spezielle Militäraktion“ sofort beenden. (22.4.)

US-Außenminister Blinken und US-Verteidigungsminister Austin in Kiew. Jetzt beginnt die wirklich massive militärische Unterstützung durch die USA, einschließlich schwerer Waffen. Die russische Regierung verlangt in einer Note an die USA, die Waffenlieferungen einzustellen. „Das trägt nicht bei zu einer diplomatischen Lösung.“ Außerdem protestiert der russische Botschafter in Washington gegen Äußerungen von Senatoren, man wolle „Russland nicht mehr auf sicheren Füßen stehen lassen, Russlands Interessen ignorieren und Russland davon abhalten, gehört zu

werden“. Sprachregelungen dieser Art tauchen ab jetzt häufiger in amerikanischen Reden auf. Die Hilfe für die Ukraine sei dazu bestimmt, Russland zu schwächen, zu isolieren und vielleicht auch zu bekämpfen, wenn auch vorerst nicht direkt militärisch. (25.4.)

Bei einem Besuch des UNO-Generalsekretärs Guterres in Moskau versichert Putin, man sei bereit zu Friedensverhandlungen, aber es sei „deprimierend“, zuzusehen, „wie Selenskyj und die Ukrainische Delegation sich verhalten“. Seit Bucha sind die zweiseitigen Gespräche von der ukrainischen Seite abgebrochen worden. Der Leiter des Hager Internationalen Gerichtshofs besucht Bucha, aber dort werden ihm nur die bekannten Bilder gezeigt. (29.4.)

In Mariupol beschließt die russische Armee einen dreitägigen Waffenstillstand, um Zivilisten zu evakuieren. Im Stahlwerk kämpfen nur noch Separatisten des Asow-Regiments. Deren Kommandeur: „Wir verteidigen uns weiter, komme was da wolle.“ (6.5.)

Vietnam spendet eine Summe von 500.000 US-\$ für humanitäre Hilfe in der Ukraine. Vize-Außenminister Đoàn Khắc Việt betont, dass das Geld nicht direkt an die Ukraine übergeben werde. 100.000 US-\$ gingen an den UNO-Katastrophenhilfsfonds CERF, 100.000 an die WHO, 100.000 an den UNO-Kinderhilfsfond, und 200.000 übergibt das vietnamesische Rote Kreuz dem ukrainischen Roten Kreuz.

Angesichts weiterer Beschuldigungen durch USA und EU stellt Vladimir Shizhow, russischer Vertreter bei der EU

klar: „Hätten wir die Muster der USA und anderer westlicher Staaten befolgt, hätten wir die Ukraine bis jetzt schon mehrfach wie eine Dampfwalze überrollt. Aber das war nicht unsere Absicht. Ich wiederhole: Es geht Russland nicht um die Eroberung von Territorien. Auch der Einsatz von Atomwaffen ist niemals vorgesehen gewesen und ich hoffe, dass das auch für die NATO gilt.“ (14.5.)

Finnland und Schweden stellen Beitrittsanträge zur Aufnahme in die NATO. Auch dafür ist offenbar Bucha der Auslöser. Putin telefoniert mit Sauli Niinistö, dem finnischen Präsidenten: „Der Beitritt zur NATO und damit die Aufgabe der Neutralität ist ein Fehler, denn die Sicherheit Finnlands ist nicht in Gefahr. Es werden allerdings die Beziehungen zwischen den beiden Staaten belastet.“ Niinistö: „Die Beziehungen werden korrekt und professionell weitergeführt.“ Das Gespräch sei „direkt und aufrichtig (straightforward) ohne Feindseligkeit geführt worden. „Beide Partner erachteten es als wichtig, Spannungen zu vermeiden.“ (16.5.)

Der Kreml versichert erneut, die baltischen Staaten hätten „nichts zu befürchten“. Bei einem Außenministertreffen der NATO in Berlin versichert Baerbock: Die militärische Hilfe werde es geben, „solange wie die Ukraine diese Hilfe braucht zur Verteidigung ihres Landes“. (17.5.)

Washington und Moskau beschuldigen einander gegenseitig, die weltweite Ernährungslage zu verschlechtern. Russlands Botschafter bei der UNO, Vassily

Nebenzia, sagt, die Welt leide schon seit langem an einer Ernährungskrise, die eine „Spirale aus höheren Kosten für die Versicherung, ein logistisches Chaos und Spekulation auf den westlichen Märkten ist“. Er erinnerte daran, dass die ukrainischen Häfen durch die Ukraine blockiert werden, sie habe „die Küste des Schwarzen Meers vermint“. (21.5.)

Selenskyj zum portugiesischen Premierminister Antonio Costa bei dessen Besuch in in Kiew: „Nur ein diplomatischer Durchbruch, nicht aber ein endgültiger militärischer Sieg kann den Konflikt beenden.“ Aber gleichzeitig fordert er mehr militärische Hilfe aus dem Westen und die sofortige Aufnahme in die EU. (23.5.) Einen Tag später lehnt ein ukrainischer Sprecher einen Waffenstillstand oder territoriale Konzessionen strikt ab. „Der Krieg muss beendet werden durch eine komplette Wiederherstellung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine.“ (24.5.) Selenskyj wirft dem Westen Untätigkeit vor, fordert „unbegrenzte“ militärische Hilfe, vor allem von schweren Waffen. In Davos (Weltwirtschaftsforum) plädiert Henry Kissinger für eine „Rückkehr zum status quo“. Der ukrainische Außenminister Kuleba kommentiert: „Dies wäre Erpressung“. (27.5.)

Putin sagt den europäischen Politikern Macron und Scholz am Telefon zu, nach Wegen zu suchen, wie ukrainisches Getreide verschifft werden könnte. Russland sei auch bereit, die Lieferung von Düngemitteln und landwirtschaftlichen Produkten über das Schwarze Meer wie-

der aufzunehmen. (30.5.)

US-Präsident Biden sagt die Entsendung von multiplen Raketensystemen M 270 nach vorläufigem Zögern doch zu. Die Regierung in Kiew habe zugesagt, dass die Systeme nicht für Raketenangriffe auf russisches Territorium benutzt würden.<sup>12</sup> Valentina Matviyenko, Sprecherin des russischen Föderationsrates (Oberhaus), sagt auf einer Reise nach Mozambique, Russland sei bereit für Gespräche und die Unterzeichnung von Vereinbarungen mit der Ukraine. „Ich teile völlig die Ansicht, dass diplomatische friedliche Lösungen gebraucht werden. Aber das müssen beide Seiten wollen.“ Leider sei der Kontakt mit Kiew seit langem abgebrochen. (2.6.)

Der russische Politiker Medwedjew: im arabischen TV-Sender Al Jazeera: „Indem sie die Waffen liefern, sorgen die USA faktisch dafür, dass die Feindseligkeiten weitergehen.“ Zu Beginn sei die Regierung in Kiew bereit gewesen, über viele Fragen und Probleme zu verhandeln. „Aber dann verließ sie den Verhandlungstisch, weil sie jetzt eine Menge Geld und Waffen von den Europäern und Amerikanern erhalten.“ (5.6.)

Die USA verkünden, sie würden mit Putin verhandeln, um den Export von Getreide zu ermöglichen. Putin: „Es ist kein Problem, das Getreide aus der Ukraine zu exportieren, auch über von Moskau beherrschte Häfen.“ (6.6.)

---

<sup>12</sup> High Mobility Artillery Rocket System (HIMARS) mit einer Reichweite von 300 km. Die Lieferung an die Ukraine war zunächst umstritten, weil ihre Reichweite von 300 km es ermöglichen würde, auch Ziele in Russland anzugreifen.

Lawrow bei einer online-Pressekonferenz am 5.6.: „Der Punkt ist, dass wir Großbritannien, die USA und die NATO seit 20 Jahren gewarnt haben: ‚Freunde, ihr habt im Jahre 1999 eine Verpflichtung unterschrieben, dass kein Land seine Sicherheitsanstrengungen auf Kosten der Sicherheit eines anderen Landes verstärken werde, also warum tut ihr das dann doch? Warum hat sich herausgestellt, dass dies ein Lüge war? Und warum sagte ihr stattdessen: ‚Zieht euch zurück, wir nehmen jeden (in die NATO) auf, der das will.‘ Und in der ganzen Zeit seid ihr fünf Mal näher in Richtung unserer Grenzen gerückt.‘“ (8.6.)

Lawrow besucht Ankara. Die Türkei will vermitteln in der Frage des Weizenexports übers schwarze Meer. Putin bestätigt, dass Russland die Schiffsverbindungen öffnen wolle für den Transport von Getreide aus der Ukraine. Hinderlich seien dabei die von der Ukraine verlegten Minen vor den Häfen. (9.6.) Kiew verkündet, dass man die Minen um den Hafen von Odessa für die Getreideausfuhr nicht beseitigen werde. Sonst würde Moskau dies ausnutzen, um Odessa anzugreifen. (10.6.) Selenskyj fordert, Russland müsse aus der FAO (Welternährungsorganisation) ausgeschlossen werden. (11.6.)

## **Die Kämpfe in der Ostukraine gehen weiter**

Die USA schicken weitere schwere Waffen in die Ukraine: 18 Haubitzen 155mm und 36.000 Munition dafür. (17.6.) Selenskyj: Nach 113 Tagen Krieg seien die

Gespräche mit Moskau ausgesetzt worden „nur wegen der Positionen Moskau“ (18.6.) Selenskyj fordert erneut schwere Waffen. „Wir müssen unser Land befreien und den Sieg erringen, aber schneller, viel schneller.“ Die Kämpfe um den Donbass würden immer schwieriger. Man könne diesmal nicht davon ausgehen, dass sich die russischen Truppen irgendwann zurückziehen, wie zuvor in Kiew. (24.6.) TASS meldet, russische Truppen hätten die wichtige Stadt Severodonetsk „vollständig besetzt“ (27.6.) Während die NATO in Madrid tagte und die beiden Länder Finnland und Schweden offiziell einlud, der NATO beizutreten, nachdem Erdogan seinen Widerstand dagegen aufgegeben hatte, forderte Russland die Ukraine auf, sich zu ergeben. Kreml-Sprecher Dmitry Peskov: „Die ukrainische Seite kann all das noch heute stoppen.“ Auf dem G7-Gipfel versichern die versammelten westlichen Staatslenker der Ukraine weitere umfassende Hilfe und Unterstützung. (30.6.)

*Hier endet unser Bericht über die Berichterstattung in Vietnam, während der Krieg noch keineswegs vorbei ist. Im letzten Teil haben wir vorwiegend solche Meldungen in unsere Auswahl aufge-*

*nommen, die bei uns eher selten in der Presse aufgetaucht sind. Denn man kann wirklich sagen, dass die Leserinnen und Leser in Vietnam von ihrer Presse tatsächlich umfassend informiert werden. Und das aus einer strikt durchgehaltenen neutralen Perspektive.*

*Bemerkenswert ist, dass in der VNS die einschränkende Bemerkung der vietnamesischen Regierung gegenüber der ukrainischen Darstellung der ungeklärten Ereignisse in Bucha ausführlich wiedergegeben wird (am 8.4.), einschließlich der Forderung, „Informationen in einer transparenten und offenen Weise zu verifizieren, unter Beteiligung aller betroffenen Seiten“. Das ist ein weiterer Hinweis darauf, wie entscheidend die Frage nach der Wahrheit über Bucha für den weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen war, oder, anders gesagt, wie sehr diese Ereignisse, wenn sie im Sinne der ukrainischen Regierung interpretiert wurden (wie es geschah), dazu beitrugen, dass die Waffenlieferungen aus dem Westen um mehrere Dimensionen verstärkt wurden. Damit wird auch erklärbar, dass die ukrainische Regierung genau von da an kein Interesse mehr an den direkten Verhandlungen mit Russland hatte und sie ins Leere laufen ließ.*